

Schluss mit dem Strich

Früher hieß es immer, Prostitution könne man nicht abschaffen. Seit der Corona-Pause sind sich Politiker nicht mehr sicher: Macht ein Verbot doch Sinn?

Von Reiner Burger

Wenn Nicole Schulze alle paar Tage in ihr Wohnmobil steigt und den Motor anlässt, damit die Batterie nicht schlappmacht, dauert es meist nur Minuten und der erste Stammkunde steht auf der Matte: „Töll, dass es wieder losgeht, toll, dass ich wieder zu dir darf.“ Schulze sagt den Männern dann, dass sie sich ganz schnell trollen sollen. „Wie stellen die sich das vor?“, zürnt die 40 Jahre alte Frau. „Wenn noch nicht einmal die Bordelle wieder aufhaben, wie kommen die Kerle dann auf die Idee, ich dürfte sie wieder empfangen?“

Wegen des Corona-Kontaktverbots ist seit Mitte März auch jede Form von Prostitution verboten. Bordelle, Laufhäuser, Appartements, alles dicht. Und auch mit dem Straßenstrich ist seither Schluss. Zumindest offiziell. Nicole Schulze, die seit 16 Jahren unter anderem in Köln auf der Straße arbeitet, gehört zu den wenigen tausend Prostituierten in Deutschland, die ein Gewerbe angemeldet haben. Nach dem Lockdown konnte die „soloselbstständige Sexarbeiterin“, wie sich Schulze nennt, staatliche Hilfe beantragen. So kommt sie bisher einigermaßen über die Runden. Doch die allermeisten der nach Schätzungen zwischen 250 000 und 400 000 in der Republik tätigen Prostituierten lebten schon bisher in einem Albtraum aus Zwängen und Abhängigkeiten, viele von ihnen kommen aus Osteuropa. Die Pandemie hat die Lage dieser Frauen noch einmal dramatisch verschlimmert.

Mittlerweile versuchen die Bordell-Betreiber und ihre Lobbyverbände verstärkt Druck auf die Politik zu machen. Angesichts der eingedämmten Pandemie und weil es ja auch sonst viele Lockerungen gebe, sei es durch nichts gerechtfertigt, Prostitution weiter zu verbieten. „Im Gegenteil: Es muss auch der Prostitutionsbranche ermöglicht werden, wieder Einnahmen zu generieren und den Kunden einen guten Service zu bieten, der menschlich, stabilisierend und für sie insbesondere in Corona-Zeiten existenziell ist“, heißt es in einem offenen Brief des „Bundesverbands sexuelle Dienstleistungen“. Als erstes Bundesland will Rheinland-Pfalz dem Drängen nachgeben. Am Mittwoch dürfen dort Bordelle wieder öffnen. Welche Auflagen gelten sollen, ist noch offen. Die Prostitutionslobby hat schon mal eigene „Hygienekonzepte“ vorgelegt. Der „Bundesverband sexuelle Dienstleistungen“ vergleicht Prostitution in seinem Konzept mit anderen körpernahen Dienstleistungen wie Frisören, Kosmetikerinnen oder Masseuren und beteuert, Prostituierten liege die „Gesundheit aller Menschen sehr am Herzen“. In drei Schritten sollen zunächst kleinere Bordelle, dann Table-dance-Bars, Klubs und schließlich auch Großbordelle wieder öffnen.

Die Konkurrenzorganisation „Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen“ hat sich Gedanken über konkrete Vollzugsdetails gemacht, die in Corona-Zeiten für alle Formen der „Sexarbeit“, also auch für den Straßenstrich gelten sollen. Die wichtigste Regel: Sex nur mit Mund-Nasen-Bedeckung. Zudem müsse „zwischen den Köpfen der beiden Personen ein Abstand von mindestens einer Unterarmlänge“ gehalten werden. Nicht nur Bordelle, sondern auch Straßenprostituierte sollen die Kontaktdaten ihrer Freier notieren und aufbewahren, damit die Behörden bei Bedarf Infektionsketten nachverfolgen können.

Elisabeth Winkelmeier-Becker kann über solche Ideen nur den Kopf schütteln. Gemeinsam mit fünfzehn anderen Bundestagsabgeordneten von Union und SPD, unter ihnen der frühere Gesundheitsminister Hermann Gröhe, der Mediziner Karl Lauterbach und die Gewerkschafterin Leni Breyer, hat Winkelmeier-Becker Mitte Mai alle Ministerpräsidenten aufgefordert, der Sexbranche nicht nur Lockerungen zu verwehren, sondern die Bordelle auch nach der Corona-Krise geschlossen zu halten. In einer Pandemie habe Prostitution „die epidemiologische Wirkung eines Super-Spreaders“, eines Super-Verteilers also, heißt es in einem Brief an die sechzehn Länderchefs. Und unabhängig von Corona seien die Zustände für die große Mehrzahl der Prostituierten menschenunwürdig, zerstörerisch und frauenfeindlich. „Entgegen einem weit verbreiteten Klischee sind die meisten Prostituierten (vor allem osteuropäische oder afrikanische Frauen) keinesfalls freiwillig in der Prostitution, sondern wurden und werden getäuscht, erpresst und bedroht.“ Das Ausmaß an sexuellen Übergriffen, an massiven physischen und psychischen Verletzungen „durch täglich vielfache, erzwungene Penetration“ sei vielen nicht bekannt. Dabei



Foto: Plattpicture

lasse sich in einschlägigen Internetforen nachlesen, wie Freier ihr „vermeintlich erkaufte Recht“ gegen erkennbaren Widerwillen und Ekel durchsetzen und die Frauen demütigen“. Viele Prostituierte seien ihren Zuhältern völlig ausgeliefert. Ihnen helfe nicht die Wiedereröffnung der Bordelle, sondern eine Ausbildung, ein existenzsichernder Beruf und ein Verbot des Sexkaufs. Als Vorbild empfehlen die Abgeordneten das sogenannte Nordische Modell, denn in Ländern wie Schweden, Norwegen oder Finnland ist das Angebot sexueller Dienstleistungen legal, bestraft werden aber Freier und Zuhälter.

Auch beim Nordischen Modell gibt es noch Prostitution, räumt Winkelmeier-Becker ein. „Die Erfahrung zeigt aber: Sie findet in geringerem Umfang statt.“ Zudem könnten die Frauen in Ländern mit Nordischem Modell die Bedingungen besser bestimmen und Freier anzeigen, die sich nicht daran halten. Die frühere Richterin ist überzeugt: Durch ein Freierverbot entsteht eine andere gesellschaftliche Haltung, da der Sexkauf geächtet wird, was wiederum dazu führt, dass sich Freier nicht mehr mit ihren Sex-Eskapaden brüsten. „Heute sprechen manche Männer unbefangenen davon, was sie Frauen zugemutet haben. Es gibt ja sogar Abi-Feiern oder Junggesellen-Abende im Bordell. Unsere Gesellschaft als Ganzes ist betroffen, wenn das Frauenbild vieler Männer durch käuflichen Sex geprägt wird.“

Im Kölner Bayenturm, einem Wehrturm aus dem 13. Jahrhundert, ist Alice Schwarzer sehr beschäftigt mit der Schlussredaktion für die nächste Ausgabe der Zeitschrift „Emma“. Doch für das ihr so wichtige Thema nimmt sich die Frau-

rechtlerin selbstverständlich Zeit. Den Brief der sechzehn Parlamentarier hält sie für eine Wegmarke. „Eine solche starke Wortmeldung von Politikerinnen und Politikern hat man bisher in Deutschland noch nicht gehört.“ Es sei gut, dass die Prostitutionslobby mit ihrer Propaganda von der „selbstbestimmten Sexarbeit“ nicht mehr un widersprochen durchdringe. „Im Corona-Lockdown wurde klar, was die Lobby die ganze Zeit gelegentlich hatte: Viele der Frauen leben in den Bordellen und sind nun obdachlos; die wenigsten sind krankensicher; die meisten nach Jahren in der angeblich so lukrativen Prostitution so arm, dass sie nicht mal das Geld für eine Fahrkarte in ihr Heimatland haben.“

Mit dem Prostitutionsgesetz von 2001 und dem Prostituiertenschutzgesetz von 2016 geht Schwarzer scharf ins Gericht. „Das linke und liberale Milieu hat total versagt in der Sexualpolitik.“ Der Hauptfehler sei die Leugnung der Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen in der Prostitution. „Das rot-grüne Prostitutionsgesetz trug eindeutig die Handschrift der Frauenhändler und ihrer Lobbyisten und Lobbyistinnen.“ Seither sei Deutschland zu einer Drehscheibe für Frauenhandel und zum Paradies der Sex-touristen aus den Nachbarländern geworden. Und das von der großen Koalition verabschiedete Prostituiertenschutzgesetz habe so gut wie nichts geändert. „Immer noch kommt der weit überwiegende Teil der Prostituierten aus den Armenhäusern Europas, immer noch zahlen sie Bordellbetreibern Wuchermieten von 180 Euro pro Tag, immer noch kann die Polizei Zuhälterei und Menschenhandel so gut wie nie verfolgen, geschweige denn nachweisen.“

Im Februar 2019 erging ein seltenes Urteil gegen einen Großbordellbetreiber. Jürgen Rudloff nannte seine Betriebe „Wellnessoasen“. Er beschönigte Prostitution als ganz normales Geschäft. Zeitweilig verbreitete er sogar in öffentlich-rechtlichen Talkshows die Mär von der „sauberen Sexarbeit“. Der Stuttgarter Bordellbetreiber wurde wegen Beihilfe zu schwerem Menschenhandel und Zuhälterei zu fünf Jahren Haft verurteilt. Das Gericht konnte Rudloff nachweisen, dass er mit Rockerbanden kooperierte, damit in seiner „Paradise“-Bordellkette immer genügend „Frischfleisch“ vorhanden war. Die Rocker zogen Mädchen entweder mit der klassischen „Lover-Boy-Methode“ ins Milieu, oder sie lockten junge Frauen aus Rumänien oder Bulgarien mit dem Versprechen an, ihnen gute Jobs zu beschaffen.

Nach Einschätzung von Schwarzer handelt es sich bei mehr als neunzig Prozent der Frauen, die sich in Deutschland prostituieren, um Armuts- und Zwangsprostituierte, zwischen siebzig und neunzig Prozent seien schon als Kinder missbraucht worden. Es könne nicht sein, dass dieses Elend auf dem Straßenstrich gleich neben dem Supermarkt, in sogenannten „Salons“ in der Wohnung nebenan und in Großbordellen einfach wieder hochgefahren werde, sagt Schwarzer. „Wir brauchen eine Diskussion, die wieder zur gesellschaftlich-moralischen Ächtung der Prostitution führt – und zu Ausstiegshilfen für die Frauen. Für mich ist das Ziel: Verbot des Systems Prostitution und Solidarität mit den Opfern, den Prostituierten.“

Kaum drei Kilometer von Schwarzers Bayenturm entfernt hat Monika Kleine vom Sozialdienst katholischer Frauen ihren Sitz. Ihre Vorstellung von Solidarität ist eine grundsätzlich andere als von

Schwarzer und den sechzehn Bundestagsabgeordneten. „Prostitution ist eine gesellschaftliche Realität“, sagt sie. Eine Lebenswirklichkeit lasse sich nicht auf Dauer verbieten. „Auch für uns ist eine Gesellschaft ohne Prostitution eine Zielperspektive.“ Doch man dürfe eine Utopie nicht vor sich hertragen. „Wir müssen dorthin gehen, wo man die Welt für die einzelne Frau besser machen kann.“

Kurz nach der Jahrtausendwende wurde im Kölner Norden ein besonderer Straßenstrich ausgewiesen. Dort gibt es einen geregelten Zugang, eine definierte Anbahnungszone und sogenannte Verrichtungsboxen. Gesundheits-, Ordnungsamt, Polizei und der Sozialdienst vereinbarten, den Straßenstrich gemeinsam im Blick zu behalten. In alten Baucontainern richtete der Sozialdienst katholischer Frauen ein „Mädchen-Café“ ein, um mit den Prostituierten ins Gespräch zu kommen. Doch in Corona-Zeiten gibt es diesen niederschwelligeren Zugang für die Sozialarbeiterinnen nicht mehr, auch der offizielle Kölner Straßenstrich musste dichtmachen. Bärbel Bach erinnert sich gut an den Tag Mitte März, als sie hinausfuhr in die Geestemünder Straße, um an das große verzinkte Zufahrtstor ein Schild zu hängen mit den Telefonnummern der Sozialarbeiterinnen. Nur nicht den Kontakt zu den Mädels verlieren, dachte sich Bach. Doch als Erstes riefen die Freier an. „Die waren so dreist, uns zu fragen, ob wir ihnen Herkunftslandern auf unabhärbare Zeit kein Geld mehr verdienen könnten.“

Bach kümmerte sich eineinhalb Jahrzehnte im „Mädchen-Café“ um Prostituierte. Es ging nicht darum, den Frauen ständig das Ziel Ausstieg vor Augen zu halten. Seit drei Jahren ist Bach in der nach der biblischen Figur Rahab benannten „Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen“ im Kölner Zentrum tätig. Nun ist sie Ansprechpartnerin für jene Frauen, bei denen der Entschluss gereift ist, auszusteigen. Bisher beriet Bach jedes Jahr etwa achtzig Prostituierte mit Schulden- oder Wohnungsproblemen, half ihnen bei der Suche nach einem Mini-Job oder einer Ausbildung, vermittelte traumatisierten Frauen einen Therapeuten. Seit Januar sind es schon 94. „Bei manchen hat die Corona-Krise den schon lange gehegten Ausstiegswunsch verstärkt“, sagt Bach. Bei anderen sei es die schiere Not, weil sie für sich und ihre Familien in ihren Herkunftsländern auf unabhärbare Zeit kein Geld mehr verdienen könnten.

Der bemerkenswerte Erfolg von „Rahab“ ist nach Einschätzung von Geschäftsführerin Kleine kein Argument für das Nordische Modell. Nur oberflächlich betrachtet erweise sich das Freierverbot während der Corona-Krise als wirksam. Kleine glaubt, dass ein dauerhaftes Prostitutionsverbot ganz im Gegenteil sogar die Ausstiegsarbeit zunichtemachen würde – nicht nur, weil die Frauen dann in noch unsäglichere Zustände stürzen, sondern weil die Sozialarbeiterinnen den Kontakt zu ihnen verlieren würden. „Die Frauen kommen zu Rahab, weil sie uns von der aufsuchenden Sozialarbeit auf der Straße kennen, uns vertrauen.“

Nicole Schulze, die Prostituierte aus dem Wohnmobil, hat die ganze Zeit aufmerksam zugehört. Sie ist beim „Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen“ Sprecherin für das Thema Straßenprostitution. Für besonders schlimm vom Lockdown betroffene Straßenprostituierte hat sie einen Spendentopf eingerichtet, gut 6500 Euro sind schon zusammengekommen. Damit das Geld wirklich bei den bedürftigsten Frauen ankommt, arbeitet sie derzeit eng mit dem Sozialdienst katholischer Frauen zusammen. Schulze holt zu einem kleinen Vortrag aus. Es stüme einfach nicht, dass Prostituierte allesamt Opfer seien. „Die meisten tun das wie ich aus freien Stücken. Wer dauernd sagt, Sexarbeiterinnen sind entweder Opfer von Menschenhandel oder Missbrauch, beleidigt uns.“ Und bei der Straßenprostitution gehe es auch nicht so furchtbar zu wie oft behauptet, sagt Schulze.

Ein Ausstieg komme für sie unter keinen Umständen in Frage. Jahrelang habe ihre Mutter sie bequatscht, sich als Paketzustellerin zu bewerben. Schulze lacht laut auf. „Ein schönes Fiasko war das geworden, die Post wäre nie angekommen. Mittlerweile hat sie ihren Frieden mit dem Beruf ihrer Tochter gemacht.“ Aus Überzeugung und Leidenschaft sei sie „Sexarbeiterin“, beteuert Schulze. „Geht es nach mir, mach ich es, bis ich achtzig bin.“ Als sie mit 24 Jahren angefangen habe, hätten sich die Freier gewünscht, dass sie das Schulmädchen mime. „Aktuell soll ich die Mama oder die Schwester geben. Wenn der erste Kunde verlangt, dass ich seine Oma spiele, weiß ich, dass es Zeit ist, aufzuhören.“

IMPRESSUM

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Politik: Dr. Nikolas Busse (verantwortlich); Justus Bender, Morten Freidel, Livia Gerster, Friederike Haupt; Büro Berlin: Frank Pergande, Konrad Schuller.

Leben: Bertram Eisenhauer (verantwortlich); Katrin Hummel, Julia Schaaf, Anke Schipp, Dr. Lucia Schmidt, Jörg Thomann, Jennifer Wiebking.

Wirtschaft, Geld & Mehr: Patrick Bernau und Georg Meck (verantwortlich), in Berlin für Wirtschaftspolitik: Ralph Boltmann (stellv.); Sebastian Balzer, Corinna Budras, Thomas Klemm, Dennis Kremer, Dyk Scherff, Anna Steiner, Marcus Theurer.

Sport: Anno Hecker (verantwortlich), Michael Wittershagen (zuständig).

Feuilleton: Claudius Seidl (verantwortlich); Dr. Julia Encke (Literatur), Peter Körte, Tobias Rüther, Anna Prizkau, Mark Siemens, Harald Staun (Medien).

Technik & Motor: Holger Appel (verantwortlich); Dr. Michael Spehr, Walter Wille.

Beruf & Chance: Nadine Böös (verantwortlich); Ulrich Friese, Dr. Ursula Kals, Uwe Marx.

Reise: Barbara Liepert (verantwortlich); Andreas Lestl.

Wohnen: Birgit Ochs (verantwortlich); Judith Lemke.

Wissenschaft: Sonja Kastlan und Dr. Ulf von Rauchhaupt (verantwortlich); Johanna Kuroczik.

Rhein-Main: Ralf Euler und Jacqueline Vogt (verantwortlich); Michael Hierholzer (Kultur).

Bildredaktion: Andreas Kuther (verantwortlich), Claus Eckert (stellv.).

Chef vom Dienst: Peter Beck.

Graphische Gestaltung: Holger Windfuhr (Art Director), Nina Hewelt (stellv.); Susanne Pfeiffer, Nina Simon.

Informationsgrafik: Thomas Heumann (verantwortlich); Felix Brocker, Sabine Levinger, Andreas Niebel, Andre Pirou, Christine Sieber, Stefan Walter.

Archiv: Franz-Josef Gasterich.

Geschäftsführung: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

Verantwortlich für Anzeigen: Ingo Müller. Anzeigenpreisliste für D-Ausgabe: Nr. 80, gültig vom 1. Januar 2020 an; für Stellenanzeigen: FAZ-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2020 an; für Rhein-Main-Ausgabe: RMM-Preisliste Nr. 25, gültig vom 1. Januar 2020 an, RheinMainMedia GmbH. Internet: faz.media

Hersteller: Andreas Gierth.

Monatsbezugspreis: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 26,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Zeitung 76,90 €. Abonnenten der gedruckten FAZ lesen für einen Aufpreis von 10,00 € zusätzlich die digitale Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zandorfer Straße 40, 81677 München.

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nichts anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sollten Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ, GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskünfte erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (0 69) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder unter Telefon (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. ISSN 1611-3993 (Ausgabe D)

Anschrift der Redaktion und des Verlags: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

Telefon (0 69) 75 91-0; Anzeigenservice: (0 69) 75 91-33 44. Prospektwerbung: (0 69) 75 91-12 24. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo

Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-80 29; Redaktion: (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice: (0 69) 75 91-21 80.

Büro Berlin: Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 2 06 18-0.

E-Mail Redaktion: sonntagszeitung@faz.de

Abo-Bestellung: www.faz.net/abo